

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Schwarzer Mittwoch für Finanzmärkte

Zürich/Frankfurt (AP) Die Furcht vor wieder steigenden Leitzinsen und Inflationsängste haben am Mittwoch auf den internationalen Aktienmärkten die Kurse in den Keller sausen lassen. Auf praktisch allen Handelsplätzen mussten deutliche Abschläge hingenommen werden. An den Devisenmärkten erhielt der Franken Auftrieb.

In Zürich sackte der Swiss Market Index (SMI) bis zum Schlussgeschäft gegenüber dem Vortag um 2,7 Prozent oder knapp 80 Punkte auf den Jahrestiefstwert von 2.767,1 Punkten; im Lauf des Tages war sogar ein Tiefstwert von 2.745,8 Punkten notiert worden. Der Swiss Performance Index gab um 2,6 Prozent oder knapp 47 Punkte auf 1.784,3 Punkte nach. In Frankfurt sackte der Deutsche Aktien-Index (DAX) zeitweise unter die 2000er-Marke und schloss mit einem Verlust von 47 bei 2020 Punkten; dies war ebenfalls der tiefste Stand in diesem Jahr.

Cotti trifft Aussenminister von Laos

Bern (AP) Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundesrat Flavio Cotti, wird am kommenden Freitag den Aussenminister der Demokratischen Volksrepublik Laos, Somsavath Lengsavat, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sowie die Lage in Südostasien und Europa, wie das EDA am Mittwoch mitteilte. Zudem wird der laotische Aussenminister mit dem Direktor der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH), Walter Fust, zusammentreffen.

Effizienterer Kampf gegen Mafia

Bern (AP) Die Schweiz erhält griffigere Instrumente im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Der Nationalrat hat nach dem Ständerat das zweite Massnahmenpaket des Bundesrates am Mittwoch oppositionslos mit 158 Stimmen gutgeheissen. Somit kann das Paket voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten, wie Bundesrat Arnold Koller sagte.

Europäische Union streckt sich nach Norden und Osten

Auch Abkommen mit Österreich unter Dach und Fach – Kohl spricht von grossem Erfolg für Europa – Beitritt am 1. Januar geplant

Brüssel (AP) Zum 1. Januar nimmt die Europäische Union Österreich, Schweden und Finnland als neue Mitglieder auf – sofern deren Bürger der mühsam errungenen Vereinbarung mit Brüssel ihren Segen erteilen. Zum Abschluss eines viertägigen Verhandlungsmarathons akzeptierte als letzter der Wiener Aussenminister Alois Mock am Dienstagabend das Abkommen mit der EU, nachdem die Kontroverse über den Alpenstrassenverkehr mit einem Kompromiss beigelegt worden war. Bundeskanzler Helmut Kohl begrüsst den Abschluss der Verhandlungen als grossen Erfolg für Europa.

Der schwedische Ministerpräsident Carl Bildt bedankte sich in einem Telefonanruf am Mittwoch bei Kohl «für die starke Unterstützung, die Deutschland den schwedischen Unterhändlern gewährt» habe. Ohne das deutsche Beharren auf eine Einigung wäre im entscheidenden Augenblick kein Abkommen zustande gekommen, sagte Bildt. Eine Übereinkunft mit Norwegen scheiterte vor allem an den Forderungen nach ei-



Nach Abschluss der Verhandlungen mit der Europäischen Union herrschte in der österreichischen Delegation Hochstimmung über den Verhandlungserfolg. In der Bildmitte Aussenminister Alois Mock.

nem besonderen Schutz für die norwegische Fischereiwirtschaft. Die Verhandlungen sollen nun in der kommenden Woche fortgesetzt werden. Nach Darstellung von Verhandlungsteilnehmern

ist ein positives Ergebnis in greifbarer Nähe. Mit Österreich kam die EU überein, dass die bisher strikten Beschränkungen für den Lastwagenverkehr aus EU-Staaten auf den Autobahnen des

Landes bis zum Jahr 2001 gültig bleiben sollen. In den dann folgenden drei Jahren erhält Österreich das Recht, den Transitverkehr weiter zu beschränken, falls die Autoabgase bis dahin nicht um mindestens 40 Prozent reduziert worden sind. Bundeskanzler Franz Vranitzky begrüsst die Einigung von Brüssel als einen sehr wichtigen Schritt auf dem Weg in die Union.

Nach Angaben von Regierungssprecher Dieter Vogel sagte Kohl in der Sitzung des Bundeskabinetts, der Beitritt der drei Länder werde als ein grosses Ereignis in die europäische Geschichte eingehen. Die Bundesregierung, die ein Vorkämpfer der Süderweiterung der EU gewesen sei, habe ein entscheidendes Interesse daran, dass sich der Kreis der Mitglieder nun um Österreich und die skandinavischen Länder vergrössere. Die enge Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedsstaaten werde sich gerade für Deutschland positiv auswirken.

Der endgültige Beitritt ist in jedem der drei Länder von Ergebnis einer Volksabstimmung abhängig.

Förderung und Bevorzugung der öffentlichen Verkehrsmittel

Die künftige Verkehrspolitik im Widerstreit der Meinungen – Öffentliche Diskussion über öffentlichen Verkehr und Ideenwettbewerb



Der Ideenwettbewerb Verkehr und die Förderung des öffentlichen Verkehrs standen im Mittelpunkt der Diskussionsveranstaltung am Dienstagabend im Theater am Kirchplatz, die von der Akademischen Verbindung Rheinmark organisiert wurde. Auf Seite 5 eine weitere Zusammenfassung dieser Veranstaltung, über die wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe berichteten. (Archivbild)

Schweiz: Ouvertüre zum Streichkonzert gekürzt

Ständerat klammert Ausgabenbremse vorerst vom zweiten Sanierungspaket aus – AHV/IV verschont

Bern (AP) Die im zweiten Sanierungspaket für die Bundesfinanzen vorgesehene Ausgabenbremse bleibt vorerst in der Schwebe. Der Ständerat will dieses Instrument zur Selbstkontrolle erst nach eingehender Prüfung verabschieden. Im übrigen folgte die Kleine Kammer am Mittwoch der Linie des Nationalrats und liess AHV und IV bei dieser Sparrunde noch unangetastet.

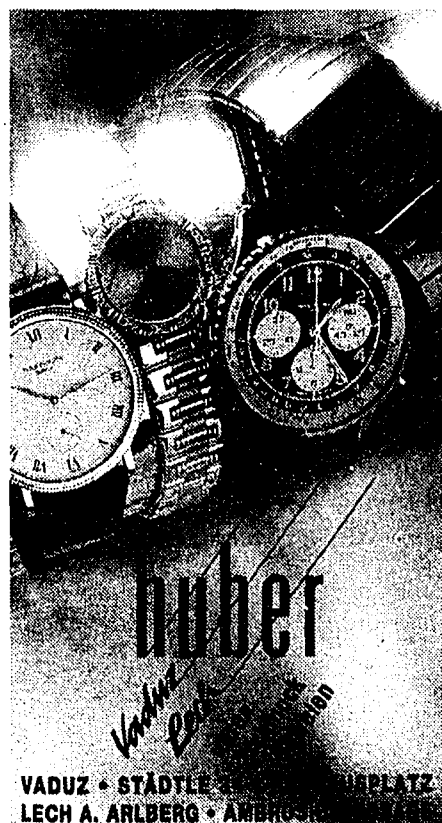
«Wollen die Politiker sparen oder wollen sie es nicht?», fragte Bundespräsident Otto Stich bei der Diskussion um die Ausgabenbremse und forderte den Ständerat auf, sofort über die Einführung des qualifizierten Mehrs für bestimmte ausgabenwirksame Beschlüsse des Parlaments zu entscheiden. Mit 23 gegen 15 Stimmen wies der Rat das Geschäft jedoch an seine Finanzkommission zurück, mit dem Auftrag, die Ausgestaltung dieser Massnahme nochmals eingehend zu prüfen. Im Unterschied zum Jahre 1992, als der Ständerat die damals vorgelegte Ausgabenbremse wegen

der befürchteten Kompetenzverlagerung vom Parlament zum Bundesrat abgelehnt hatte, scheint der Grundsatz, dass bei den ausgabenwirksamen Beschlüssen des Parlaments eine Bremse eingebaut werden soll, nun akzeptiert. Eintreten blieb jedenfalls unbestritten. Die Ratsmehrheit liess sich jedoch aufgrund der von Bruno Frick (CVP/SZ) im Namen der staatspolitischen Kommission vorgebrachten Einwände von einem sofortigen Entscheid abbringen.

Neben Bedenken über die Praktikabilität der vorgeschlagenen Form machte Frick auch staatspolitische Einwände geltend, wonach sich die Ausgabenbremse zulasten des Föderalismus, der Minderheiten und der Randgebiete auswirken könnte. Rolf Büttiker (FDP/SO) und Carlo Schmid (CVP/AI) befürchteten demgegenüber, dass mit einer Rückweisung der Vorlage falsche Signale bezüglich des Sparwillens des Ständerats ausgesandt würden. «Wir brauchen in Finanzangelegenheiten ein selbstgeba-

stetes Laufgitter», sagte Büttiker. «Ein Parlament, das ein selbstgebasteltes Laufgitter braucht, sollte abdanken», konterte der Urner Hans Daniolo (CVP).

Bei den elf vom Bundesrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen auf Gesetzesstufe folgte der Ständerat praktisch ausnahmslos den Beschlüssen des Nationalrats. Der Rückzug des Bundes aus der freiwilligen AHV für Auslandschweizer wurde im Einverständnis mit Stich auf das dritte Sanierungspaket verschoben, und bei der Invalidenversicherung verzichtete der Ständerat gegen den Willen seiner Kommissionsmehrheit mit 24 gegen elf Stimmen darauf, Beiträge an Wohnheime und Betreuung zu kürzen. Die gesamte Vorlage über die dem fakultativen Referendum unterstehenden Sparschritte auf Gesetzesstufe wurden mit 29 zu null Stimmen gutgeheissen. Auf den Donnerstag vertagte der Ständerat die nicht referendumpflichtigen Sparvorschläge.



VORHÄNGE
DESIGNERS GUILD

THONY

Fl. 9494 Schaan
Bahnhofstr. 16
Tel. 075/232 44 22

WOHNEN